Bericht

über die Tagung der Gemeinsamen Versammlung des Europäischen Parlaments und der Beratenden Versammlung des Europarates vom 24. bis 25. September und der Beratenden Versammlung des Europarates vom 27. September bis 1. Oktober 1965

I.

Der Herbsttagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 27. September bis 1. Oktober 1965 ging die jährliche gemeinsame Tagung des Europäischen Parlaments und der Beratenden Versammlung am 24. und 25. September voraus. Dieser gemeinsamen Tagung lag der Bericht des Europäischen Parlaments an die Beratende Versammlung des Europarates von Abg. Dr. Achenbach (FDP) vor, der außer dem vertragsgemäß vorzulegenden Tätigkeitsbericht des Europäischen Parlaments über die Zeit vom 1. Mai 1964 bis 30. Mai 1965 eine Untersuchung über die Handelsbeziehungen zwischen Ost und West enthielt. Dieses Thema war Hauptgegenstand der gemeinsamen Debatten, wobei den Forderungen des Berichterstatters nach einem baldigen Zusammenschluß von EWG und EFTA und einer gemeinsamen Handelspolitik ohne ideologische Voreingenommenheit gegenüber den Staatshandelsländern im allgemeinen zugestimmt wurde. Seiner Meinung nach seien Voraussetzungen für politische Lösungen im Augenblick vorhanden.

Abg. Hahn (CDU/CSU) machte dagegen auf die prinzipiellen Unterschiede in der Handelspolitik der westlichen und der Staatshandelsländer aufmerksam und betonte, daß man Handelspolitik nicht isoliert betreiben könne, sondern daß sie mit der Außen- und Sicherheitspolitik eng verknüpft sei. Er wandte sich dagegen, daß in dem Bericht des französischen Abgeordneten Nessler die Bundesrepublik und die SBZ praktisch gleichgestellt würden, und bedauerte, darin keinen Hinweis auf die Viermächte-Verantwortung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit gefunden zu haben.

II.

In der politischen und wirtschaftspolitischen Debatte der Beratenden Versammlung wurde vor allem über die Krise in der EWG diskutiert. Bemerkenswerterweise wiesen vor allem die englischen Redner auf die bisherigen Erfolge der Gemeinschaft hin und sprachen sich für eine baldige Überwindung der augenblicklichen Krise aus. Abg. Dr. Serres (CDU/CSU) forderte den Ministerrat der EWG dazu auf, wenigstens die für den 1. Januar 1966 vorgesehenen Zollsenkungen und die Anpassung des Außenzolltarifs eintreten zu lassen, wennschon die französische Regierung vor Beginn nächsten Jahres nicht zur Aufnahme von Verhandlungen über die Beilegung der Krise bereit sei. Im übrigen machte er auf die Gefahren und Konsequenzen aufmerksam, die sich aus einer teilweisen Änderung von grundsätzlichen Bestimmungen eines ratifizierten Vertrages ergeben können. Er erklärte die Bereitschaft der Bundesrepublik, sich für eine Verständigung unter den sechs Partnern einzusetzen.

III.

Der Kulturdebatte lagen Berichte über die europäische Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet, über die Probleme einer europäischen Wissenschaftspolitik, über Jugendfragen und über die Tätigkeit des Rates für kulturelle Zusammenarbeit (CCC) zugrunde. Abg. Frau Dr. Maxsein (CDU/CSU) hob hervor, daß für eine fruchtbare europäische Zusammenarbeit auf dem kulturellen Sektor eine schnelle und umfassende Unterrichtung der Abgeordneten unerläßlich sei und wies auf das Beispiel der Bundesrepublik hin, in der die Wissenschaftspolitik zwischen Bund und Ländern durch die Schaffung eines Bundeswissenschaftsministeriums koordiniert werden konnte. Ein dem Deutschen Wissenschaftsrat vergleichbares europäisches Gremium würde sich zweifellos als nützlich erweisen. Auch auf europäischer Ebene sollten neue Versuche zur Heranbildung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte unternommen werden; dies sei eine der Hauptaufgaben der Wissenschaftspolitik in allen europäischen Ländern. Abg. Kahn-Ackermann (SPD) kritisierte die kleinliche Haltung des Ministerrates, der allein über die

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

finanziellen Mittel verfüge, und gab eine Reihe von Anregungen für eine fruchtbare europäische Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet. Der Rat für kulturelle Zusammenarbeit habe sich als brauchbares Instrument erwiesen; er sollte mit der europäischen Erziehungsministerkonferenz koordiniert werden. Das Sprachenproblem müßte großzügiger angepackt und vor allem der fremdsprachliche Unterricht in allen Ländern verbessert werden. Innerhalb des Europarates selbst sei es allerdings noch nicht gelungen, die Sprachenfrage befriedigend zu lösen.

IV.

Zum Flüchtlingsproblem lag eine Reihe von Berichten vor, die sich u. a. mit der Tätigkeit des Sonderbeauftragten des Europarates für Flüchtlingsfragen, des Hohen Kommissars für Flüchtlinge der UNO und des Komitees für europäische Wanderung (CIME) befassen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen, Abg. Paul (SPD), forderte in seinem Bericht zur Frage des Asylrechtes für europäische Flüchtlinge die Regierungen zu einer möglichst großzügigen Auslegung des Asylrechtes auf sowie zur beschleunigten Ausarbeitung eines Zusatzprotokolls zur Konvention der Menschenrechte, das dieses Recht für alle Staaten des Europarates verbindlich regelt. Vor allem sollte dabei der Begriff „Verfolgung" sehr liberal ausgelegt werden.

V.

In einem sehr umfangreichen Bericht des belgischen Senators Housiaux wurde das Problem der Verschmutzung der Binnengewässer behandelt, das so dringend und beunruhigend geworden ist, daß es nur noch auf internationaler Ebene befriedigend gelöst werden könne. Abg. Dr. Freiherr von Vittinghoff-Schell (CDU/CSU) wies darauf hin, daß es zwar seit langem in allen europäischen Rechtsordnungen Bestimmungen für den Gewässerschutz gebe, daß sie aber nirgends mit der nötigen Konsequenz durchgeführt würden, so daß jetzt erhebliche öffentliche und private Investitionen erforderlich wären. Der Gesundung unserer Gewässer müsse aber nun endlich der Vorrang vor anderen öffentlichen Aufgaben gegeben werden.

VI.

Dem öffentlichen Gesundheitswesen wird der Europarat in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Ein umfangreiches Programm wurde der Beratenden Versammlung vorgelegt und von ihr gebilligt. Auf Anregung und aufgrund eines Berichtes von Abg. Frau Dr. Hubert (SPD) beschloß die Versammlung, im Frühjahr des kommenden Jahres in Berlin ein Kolloquium von Parlamentariern und Regierungssachverständigen der Europaratsstaaten zu veranstalten, das sich mit europäischen Gesundheitsproblemen im Zusammenhang mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und mit der Lebensmittelüberwachung beschäftigen wird.

Dr. Serres

Der Sprecher der deutschen Delegation in der Beratenden Versammlung des Europarates

Paul

Der stellvertretende Sprecher